

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Höbart, Kunasek
und weiterer Abgeordneter

betreffend Förderung zur Steigerung des Ansehens von Lehrberufen

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 2: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1910 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 - BFG 2013) samt Anlagen (1999 d.B.),
Untergliederung 40
in der 181. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 16. November 2012

Der Facharbeitermangel in Österreich steht in einem direkten Zusammenhang mit der leider oftmals vorgelebten mangelnden Attraktivität von Lehrberufen. Immer weniger Jugendliche entscheiden sich dafür, eine Lehrstelle anzutreten und damit einen Lehrberuf zu ergreifen.

Vorgegaukelt wird eine Gesellschaft, in der man ohne Matura keinen Stellenwert im Berufsleben haben wird.

Unterstrichen wird dieses schlechte Image der Lehre zb. auch durch Begrifflichkeiten wie der „Lehrlingsentschädigung“. Inwieweit muss man durch den Umstand eine Ausbildung für einen Beruf zu absolvieren entschädigt werden? Hier wurden seitens der FPÖ bereits Anträge zur Umbenennung der Lehrlingsentschädigung eingebracht.

Im Sinne einer deutlichen Aufwertung der Lehrberuf und nicht zuletzt auch um dem Facharbeitermangel entgegen zu wirken, sollten umgehend Maßnahmen getroffen werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend wird zur Förderung des Ansehens der Lehre aufgefordert,

- Budgetmittel für diesbezügliche Informationsveranstaltungen an Pflichtschulen und imagehebende Außenwerbekampagnen bereit zu stellen,
- sich für eine zeitgemäße Umbenennung des Begriffes „Lehrlingsentschädigung“ einzusetzen.“

15/11